WILLIAM J. DOBSON

DIKTATUR 2.0

Ob Russland oder Ägypten, China oder Syrien: Diktaturen sind kein Auslaufmodell. Doch nichts fürchten sie mehr als das eigene Volk. *Ein Frontbericht*

Aus dem Englischen
von Enrico Heinemann und Karin Schuler

Karl Blessing Verlag

Titel der Originalausgabe: *The Dictator's Learning Curve*
Originalverlag: Doubleday, New York

Verlagsgruppe Random House FSC-DEU-0100
Das für dieses Buch verwendete
FSC®-zertifizierte Papier *EOS*
liefert Salzer Papier, St. Pölten, Austria.

1. Auflage
Copyright © der Originalausgabe 2012 by William J. Dobson
This translation published by arrangement with Doubleday,
a division of Random House Inc.
Copyright © der deutschsprachigen Ausgabe 2012
by Karl Blessing Verlag, München,
in der Verlagsgruppe Random House GmbH
Umschlaggestaltung: Hauptmann und Kompanie
Werbeagentur, Zürich
Satz: Leingärtner, Nabburg
Druck und Einband: GGP Media GmbH, Pößneck
Printed in Germany
ISBN: 978-3-89667-471-5

www.blessing-verlag.de

Für Kelly, Kate und Liam

»Demokratie, Freiheit, Menschenrechte haben eine konkrete Bedeutung für die Menschen der Welt erlangt, und wir dürfen nicht zulassen, dass irgendeine Nation diese Bedeutung so ändert, dass sie zum Synonym für Unterdrückung und Diktatur werden.«

– Eleanor Roosevelt in einer Rede an der Sorbonne
am 28. September 1948

INHALT

PROLOG 11

1 DER ZAR 29

2 STAATSFEINDE 85

3 EL COMANDANTE 133

4 DIE OPPOSITION 191

5 DIE JUGEND 237

6 DER PHARAO 295

7 DIE PROFIS 353

8 DIE TECHNOKRATEN 397

EPILOG 453

DANKSAGUNG 465

ANMERKUNGEN 473

PROLOG

Peter Ackerman sitzt in seinem geräumigen Eckbüro am Ende der Pennsylvania Avenue. Von hier sieht er buchstäblich auf die Weltbank herab. Der vierundsechzigjährige Ackerman ist Geschäftsführer von Rockport Capital Incorporated, einer diskreten kleinen Investmentfirma, und an einem kristallklaren Nachmittag im August führt er mich durch eine PowerPoint-Präsentation über Risiken und Renditen.[1] Die Folien haben allerdings nichts mit Investments, Dividenden oder überhaupt mit dem Finanzwesen zu tun – es geht vielmehr darum, wie man am besten vorgeht, wenn man einen Diktator stürzen will.

Vor fünfundzwanzig Jahren wäre Ackerman nicht gerade der Mann gewesen, an den man sich wendet, wenn man sich den übelsten Regimes der Welt entgegenstellen will. Er war viel zu sehr damit beschäftigt, als rechte Hand des Königs der Ramschanleihen, Michael Milken, richtig gutes Geld an der Wall Street zu machen. Im Jahr 1988 verdiente Ackerman 165 Millionen Dollar mit der Organisation des mit 25 Milliarden Dollar fremdfinanzierten Verkaufs von RJR Nabisco.[2] Als ein skandalöser Insiderhandel ans Licht kam und Milken ins Gefängnis musste, zahlte Ackerman 80 Millionen Dollar Strafe und verließ die Firma – mit etwa 500 Millionen Dollar in der Tasche.[3]

Ein beträchtlicher Teil dieses Vermögens fließt jetzt in Initiativen, die dabei helfen sollen, tyrannische Systeme überall auf der Welt zu stürzen. Im Jahr 2002 gründete Ackerman das International Center on Nonviolent Conflict, das Seminare, Workshops und Trainingseinheiten für erfolgreiche gewaltlose Strategien und Taktiken, mit denen man repressive Regime ins Wanken bringen kann, anbietet. Aktivisten aus Ägypten, Iran, Russland, Venezuela, Zimbabwe und Dutzenden anderer Länder kennen Ackerman gut. Manche haben diese Büros im obersten Stock in Foggy Bottom schon besucht. Manche haben an seinen Workshops in einem halben Dutzend ausländischer Hauptstädte teilgenommen. Andere haben seine Filme gesehen – vor allem *Bringing Down a Dictator*, der erzählt, wie junge Serben im Oktober 2000 Slobodan Milošević absetzten. Der Film gewann einen Peabody Award und ist ins Arabische, Farsi, Mandarin, Vietnamesische und in wenigstens sieben weitere Sprachen übersetzt worden. Nach Meinung vieler Georgier hat auch dieser Film zu ihrer Rosenrevolution im Jahr 2003 beigetragen, einem friedlichen demokratischen Aufstand, der den früheren kommunistischen Führer Eduard Schewardnadse aus dem Amt trieb. Im Jahr 2006 stieg Ackerman auch ins Geschäft mit Videospielen ein und bezahlte die Entwicklung von *A Force More Powerful*, einem Spiel, in dem Aktivisten ihre Strategien zur Vertreibung von Tyrannen in einer virtuellen Welt ausprobieren können. Er ließ Tausende Kopien in einige der repressivsten Länder der Welt schmuggeln. Vier Jahre später gab er eine neue Version des Spiels unter dem Titel *People Power* heraus. (»Dieses Spiel ist das Subversivste, was ich je gemacht habe«, sagt er. »Ich habe Millionen ausgegeben, um es zu verbessern.«[4]) Auf die Frage, warum er sich die Vernichtung von

Tyrannen zur Lebensaufgabe gemacht hat, schaut er mich an und sagt: »Ich bin nur im Vertrieb. Ich reagiere nur auf eine Nachfrage, das ist alles.« Und, könnte man hinzufügen, die Geschäfte laufen gut.

Es ist heute nicht leicht, Diktator zu sein. Vor noch nicht allzu langer Zeit konnte ein Autokrat, sei er nationalistischer Machthaber, Revolutionsheld oder kommunistischer Apparatschik, sein Volk noch mit stumpfen Waffen unterdrücken. Josef Stalin schickte Millionen Landsleute in die Gulags. Mao Zedong startete revolutionäre Massenkampagnen gegen Intellektuelle, Kapitalisten und alle Gruppierungen in China, die seiner Meinung nach nicht »rot« genug waren. Sein »Großer Sprung nach vorn« kostete 35 Millionen Menschen innerhalb weniger Jahre das Leben. Das Regime des ugandischen Diktators Idi Amin ermordete nicht weniger als 500 000 Menschen. In drei Jahren starben fast zwei Millionen Kambodschaner auf Pol Pots »Killing Fields«. Im Februar 1982 zerschlug Hafiz al-Assad einen Aufstand in der syrischen Stadt Hama. Nachdem er die Stadt mit Kampfhubschraubern und schwerer Artillerie zerbombt hatte, zogen seine Soldaten von Haus zu Haus. Über 25 000 Syrer starben innerhalb eines Monats.

Noch immer sind Diktatoren zu schweren Verbrechen fähig. Doch heute sehen sich die Despoten der Welt größerem Widerstand gegenüber als je zuvor. Mit dem Ende des Kalten Krieges verloren viele ihren wichtigsten Geldgeber und ökonomischen Notanker – die Sowjetunion. Das Geschäft mit der Demokratieförderung wurde praktisch über Nacht zu einem Heimgewerbe: Heute steht ein Heer westlicher Experten, Aktivisten und Wahlbeobachter bereit, um Menschenrechtsverletzungen, plumpe Korruption und Wahlbetrug ans

Licht zu zerren. Vor zwanzig Jahren mussten sich die Führer in Peking nur über das grelle Licht der Fernsehkameras Gedanken machen, als die Panzer auf den Tiananmen-Platz rollten. Die chinesische Kommunistische Partei verhängte das Kriegsrecht und zog CNN buchstäblich den Stecker.[5] So etwas läuft nicht mehr. Im Jahr 2006 filmte eine Expedition europäischer Bergsteiger auf einem fünftausendsiebenhundert Meter hohen Bergpass oben im Himalaya, wie chinesische Soldaten auf tibetanische Mönche, Frauen und Kinder schossen.[6] Das Blutbad war sofort auf YouTube zu sehen und führte dazu, dass internationale Menschenrechtsgruppen Chinas Gewalt gegen Flüchtlinge verurteilten. Im Jahr 2011 verbot Syrien allen ausländischen Journalisten, über den Aufstand gegen Baschar al-Assads Regime zu berichten. Doch das war egal; jeden Tag stellten syrische Aktivisten schockierende Bilder der brutalen Repressionsmaßnahmen der Regierung ins Netz – friedliche Demonstranten und Trauerzüge wurden zum Ziel von Scharfschützen des Regimes. Heute sollte ein Diktator keine Hoffnung hegen, dass seine Übeltaten geheim bleiben: Wenn man ein gewaltsames Vorgehen anordnet – und sei es auf einem Pass im Himalaya –, muss man damit rechnen, dass es mit einem iPhone aufgenommen und in die ganze Welt gesendet wird. Die Kosten der Tyrannei sind nie so hoch gewesen.

Das Blatt begann sich schon lange vor Smartphone und Twitter gegen die Diktatoren zu wenden, ja sogar schon vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Ihre Schwierigkeiten begannen 1974 in Portugal. Genauer gesagt, begannen sie um 12.25 Uhr am 25. April, als ein Radiosender in Lissabon das Lied »Grândola, Vila Morena« spielte, das Putschsignal für portugiesische Militäreinheiten.[7] Am nächsten Tag war

Portugals Diktator Marcelo Caetano schon im Exil. Nach Meinung des Politikwissenschaftlers Samuel Huntington markierten die an diesem Tag freigesetzten politischen Kräfte den Beginn einer globalen demokratischen Bewegung, die dazu führte, dass autoritäre Regimes in den nächsten Jahrzehnten der Demokratie wichen.[8]

Nach Portugal brach eine Reihe von rechten Diktaturen in Südeuropa zusammen.[9] Die Militärjuntas in Lateinamerika und autoritäre Staaten in Ostasien folgten. All diese Stürze waren erschütternd – der Zusammenbruch der kommunistischen Regierungen in Osteuropa 1989 jedoch glich einem Erdbeben. Im Jahr 1974 existierten auf dem ganzen Globus nur einundvierzig Demokratien. Als 1991 auch die Sowjetunion fiel, war die Zahl demokratischer Regierungen auf sechsundsiebzig gestiegen.

Und das war nur der erste Akt der Boomjahre der Demokratie. In Afrika existierten bald über ein Dutzend neue Demokratien. In wichtigen Staaten wie Indonesien und Mexiko kam es zu entscheidenden demokratischen Entwicklungen. Bis 1998 hatten die Vereinigten Staaten Programme zur Förderung der Demokratie in mehr als hundert Ländern eingerichtet. Die Revolution in Serbien setzte im Jahr 2000 ein weiteres Land auf die Liste der Demokratien. Die »Farbrevolutionen« 2003 in Georgien, 2004 in der Ukraine und 2005 in Kirgisistan standen für die letzte Hochwassermarke beim Vordringen der Freiheit gegen den Autoritarismus. Von dem Moment an, als Portugals junge Offiziere jenes Lied zum ersten Mal im Radio hörten, bis 2005 hatte sich die Zahl der Demokratien in der Welt verdreifacht.

Dann aber veränderte sich etwas. Die demokratische Welle hatte ihren Scheitelpunkt erreicht, und die unappetit-

lichsten Regimes der Welt – eine Mischung aus Diktatoren, Machthabern und autoritären Regierungen – feierten ein Comeback. Die politische Freiheit schrumpfte laut dem Jahresbericht von Freedom House in den nächsten fünf Jahren weltweit.[10] Dieser Rückgang über fünf Jahre hinweg war der längste durchgehende Niedergang politischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten, seitdem die Organisation vierzig Jahre zuvor mit der Erhebung dieser Trends begonnen hatte. Militärputsche stürzten demokratische Regierungen in Asien, und in Südamerika gewann eine populistische Form autoritärer Regimes an Boden. Selbst die jungen Erfolgsgeschichten in Georgien, der Ukraine und Kirgisistan schienen zunichte gemacht. Im Jahr 2010 war die Zahl der Demokratien auf den niedrigsten Stand seit 1995 gefallen. Weiter gefasst war der Prozentsatz der Länder, die als »frei« bezeichnet wurden, seit über einem Jahrzehnt gleich geblieben, eingefroren bei etwa 46 Prozent. Huntingtons Welle schien sich totgelaufen zu haben.

Das Problem lag nicht bei der Demokratie an sich. Wie der Arabische Frühling 2011 jedem wieder einmal vor Augen führte, haben die Ideale der politischen und wirtschaftlichen Freiheit selbst in Zeiten einer globalen Rezession nichts von ihrer Bedeutung verloren. Noch immer sehnen sich die Menschen überall nach Freiheit. Verändert hat sich vielmehr das *Wesen* der Diktatur. Die heutigen Diktatoren und autoritäre Herrscher sind weitaus raffinierter, gerissener und wendiger als früher. Angesichts des wachsenden Drucks verfestigten die klügsten unter ihnen ihre Regimes nicht zu Polizeistaaten oder schirmten sich von der Welt ab; sie lernten vielmehr dazu und passten sich an. Dutzende autoritärer Regimes begegneten dem Vormarsch der Demokratie mit Experimenten,

Kreativität und Gerissenheit. Moderne autoritäre Staaten haben neue Techniken, Methoden und Formeln für den Machterhalt verfeinert und die Diktatur der modernen Zeit entsprechend umgestaltet.

Heutige Diktatoren wissen, dass in einer globalisierten Welt die brutaleren Formen der Einschüchterung – Massenfestnahmen, Exekutionskommandos und gewaltsames Vorgehen – durch subtilere Formen des Zwangs ersetzt werden sollten. Statt Mitglieder einer Menschenrechtsorganisation festzunehmen, setzen die effektivsten Despoten heutzutage Steuerprüfer oder Inspektoren des Gesundheitsamtes ein, um Dissidentengruppen aufzulösen. Gesetze werden weit gefasst und dann wie ein Skalpell benutzt, um die Gruppen anzugreifen, die die Regierung als Bedrohung empfindet. (In Venezuela witzelte ein Aktivist, dass Präsident Hugo Chávez nach dem Motto »Für meine Freunde alles, für meine Feinde das Gesetz« herrsche.[11]) Statt alle Medien zu unterdrücken, machen moderne Despoten Ausnahmen für kleine Ventile – meist Zeitungen –, die eine begrenzte öffentliche Diskussion zulassen. Heutige Diktatoren würzen ihre Reden mit Hinweisen auf Freiheit, Gerechtigkeit und die Herrschaft der Gesetze. Die Spitzen der chinesischen Kommunistischen Partei berufen sich regelmäßig auf die Demokratie und behaupten, die gewählten Führer des Landes zu sein.[12] Und moderne autoritäre Regimes wissen um die Bedeutung des äußeren Scheins. Im 20. Jahrhundert hielten totalitäre Führer oft Wahlen ab und nahmen einen absurden Prozentsatz der Stimmen für sich in Anspruch. Sowjetische Herrscher verkündeten nach manipulierten Wahlen regelmäßig, sie hätten unwahrscheinliche 99 Prozent der Stimmen bekommen. Heute hören die Handlanger des Kremls normalerweise auf, die Wahlurnen

vollzustopfen, wenn sie 70 Prozent erreicht haben. Moderne Diktatoren wissen, dass es besser ist, eine umkämpfte Wahl zu gewinnen, statt sie offen zu manipulieren.

Wir glauben gern, dass autoritäre Regimes Dinosaurier sind – schwerfällige, dumme Kolosse, die an die Sowjetunion in ihren letzten Zügen oder an irgendeine unsichere südamerikanische Bananenrepublik erinnern. Und natürlich hat es auch eine kleine Handvoll rückwärtsgewandter Diktaturen der alten Schule irgendwie ins 21. Jahrhundert geschafft. Das sind die Nordkoreas, Turkmenistans und Äquatorialguineas unserer Welt. Aber sie stehen für die Vergangenheit der Diktatur. Sie geben sich wenig bis überhaupt keine Mühe, etwas anderes darzustellen, als sie sind. Sie sind zu fernen Außenposten abgestiegen, während andere Regimes gelernt haben, sich zu entwickeln, zu verändern und in manchen Fällen auch zu florieren. Niemand will das nächste Nordkorea sein.

Der Totalitarismus hat sich eindeutig als Phänomen des 20. Jahrhunderts erwiesen. Er war das ehrgeizigste undemokratische Wagnis überhaupt, und er funktionierte schlecht. Heute ist wohl nur noch Nordkorea ein Anhänger der totalitären Methode, vor allem weil es ein Kernwaffenprogramm entwickelt hat und weil der verstorbene Kim Jong Il bereit war, sein eigenes Volk verhungern zu lassen. Moderne Diktatoren dagegen arbeiten in dem eher verschwommenen Spektrum zwischen Demokratie und Autoritarismus. Die meisten versuchen die Unterstützung ihres Volkes zu gewinnen, indem sie es zufriedenstellen, doch wenn das scheitert, sind sie auch durchaus bereit, ihre Kritiker durch Angst und ausgewählte Formen der Einschüchterung mundtot zu machen. »Mein Vater sagte immer, dass er lieber in einer Diktatur wie Kuba leben würde«, erzählte mir Alvaro Partidas, ein vene-

zolanischer Aktivist. »Dort wusstest du wenigstens, dass sie dich ins Gefängnis stecken, wenn du die Regierung kritisierst. Hier herrschen sie durch Verunsicherung.«[13]

Von Weitem wirken viele autoritäre Regierungen fast demokratisch. Ihre Verfassungen geben oft eine Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Jurisdiktion vor. Es gibt vielleicht wichtige Unterschiede zwischen ihnen: Sie haben eine Parlamentskammer statt zwei, einige Ämter werden durch Ernennung statt durch Wahl besetzt, verschiedene Körperschaften haben unterschiedliche Aufsichtskompetenzen. Doch viele institutionelle Merkmale autoritärer Staaten haben – wenigstens auf dem Papier – starke Ähnlichkeit mit einigen Eigenarten der langweiligsten, biedersten europäischen Demokratien überhaupt.

Nehmen wir zum Beispiel Russland. Selbst als Wladimir Putin immer autoritärer wurde, verletzte er die russische Verfassung nie;[14] er arbeitete innerhalb des politischen Systems Russlands und zentralisierte die Macht über Kanäle, die wenigstens den Anschein von Demokratie erwecken konnten. So mochten sich Kritiker darüber beschweren, dass die vom Kreml aufgestellte 7-Prozent-Klausel ein zynischer Trick sei, um Kandidaten der Opposition zu blockieren. Das stimmte auch. Aber Putin konnte auf ähnliche Klauseln in den Wahlsystemen demokratischer Hochburgen wie Polen, Deutschland und der Tschechischen Republik verweisen. Genauso hat Hugo Chávez in Venezuela vorgeschlagen, Gouverneure nicht mehr direkt zu wählen, sondern durch den Präsidenten ernennen zu lassen – wieder ein durchsichtiger Versuch, die politische Macht zu zentralisieren und Gegner auszuschalten, aber auch ein Merkmal einiger überaus friedlicher Demokratien, etwa der baltischen Staaten Estland und Litauen. Der

Punkt ist, dass diese Änderungen für sich genommen kein Machtmissbrauch sind. Viele Kennzeichen eines modernen autoritären Regimes stehen an sich nicht im Widerspruch zu einer gesunden Demokratie. Ein einzelner Bestandteil einer Regierungsmechanik kann sehr mehrdeutig sein. Schließlich sind auch Aspekte der amerikanischen Demokratie – etwa das Wahlmännerkollegium und die Notenbank – undemokratisch. Man muss sich vielmehr ansehen, wie ein modernes autoritäres politisches System in der Praxis arbeitet. Und dazu muss man nahe herankommen.

Nur wenige wissen besser als Ludmilla Alexejewa, wie die Diktaturen sich neu erfunden haben. Die vierundachtzigjährige Menschenrechtlerin ist eine der letzten russischen Dissidenten, die ihren Widerstand gegen das offizielle Moskau noch auf die späten 1960er-Jahre zurückführen können, auf die Frühzeit des sowjetischen Generalsekretärs Leonid Breschnew. Noch heute steht sie, wenn sie auch kaum noch gehen kann, an der Spitze einer Bewegung, die das Recht der Russen auf Versammlungsfreiheit einfordert. An dem Morgen, an dem ich mit ihr in ihrer Wohnung in Moskau saß, klingelte das Telefon ununterbrochen. (»Menschenrechtsaktivisten sind heute gefragt«, sagte sie lachend. »Wir sind in unserer Heimat sehr beliebt.«[15]) Als sie ihren Kampf begann, war das sehr riskant. Ein sowjetischer Dissident musste »bereit sein, sich selbst zu opfern oder sich eines Tages im Gefängnis oder einer psychiatrischen Anstalt wiederzufinden. Heute muss so ein Mensch wissen, dass er Gefahr läuft, verletzt oder ermordet zu werden.« Früher kam ein Dissident ins Gefängnis, und man hörte nie wieder von ihm. Heute hat er einen Unfall oder fällt einem scheinbar zufälligen Überfall zum Opfer.

Die Sowjetbürger hatten wenig rechtlichen Schutz. Das ist bei den Russen heute anders. »Die russische Verfassung garantiert dieselben Freiheiten und Rechte wie jede westliche Verfassung«, sagt Alexejewa. »Aber eigentlich wird nur ein Recht wirklich gewährt – das Recht, ins Ausland zu reisen, wegzugehen.« Deshalb sind viele Menschen, die sich sonst vielleicht gegen das Regime gestellt hätten, einfach ausgereist. Während die Sowjetdiktatur geschlossene Grenzen brauchte, will das autoritäre Russland Putins sich gerade durch offene Grenzen und Reisepässe den Erhalt sichern.[16] Die Welt mag sich geändert haben, doch die cleversten Diktatoren haben nicht geschlafen. So schnell ihre Welt auf den Kopf gestellt wurde, so schnell die alten Regeln womöglich nicht mehr galten – so schnell lernten auch die fähigsten Regimes, sich anzupassen.

Das oberste Prinzip einer jeden Diktatur ist die Zentralisierung der Macht. Und gerade dieses Prinzip – die Kontrolle der vielen durch die wenigen – macht die autoritären Regimes heute immer deutlicher zu Anachronismen. In allen Bereichen des modernen Lebens fallen die Hierarchien, Institutionen werden flacher, und das Individuum bekommt mehr Entscheidungsfreiheit. Die zentralen Glaubenssätze der Diktatur geraten jeden Tag mehr aus der Mode. Deshalb sind autoritäre Regimes in einer Welt uneingeschränkter Informationsmöglichkeiten und offener Grenzen gut durchdachte, künstliche Projekte, die sorgfältig aufgebaut, gepflegt und verstärkt werden müssen. Die Aufgabe ist für Paria-Staaten weniger schwierig, die beschlossen haben, sich wegzuducken und die Welt von sich fernzuhalten. Sie können Jahre oder Jahrzehnte durchhalten, aber es ist schwer vorstellbar, dass sie nicht in den Mauern gefangen sind, die sie aufgebaut haben,

um sich selbst zu schützen. Komplexer sind die modernen Diktaturen, die beschlossen haben, zu interagieren und sich gerade dem Druck zu stellen, der andere gefährdet. Sie versuchen Repression und Regulierung zu mischen, um das Beste aus dem globalen politischen System herauszuholen, ohne ihre Macht aufs Spiel zu setzen. Das moderne autoritäre Regime verfügt über eine durchdachte Architektur und erfordert ständige Reparaturen und Runderneuerungen – nicht nur wegen irgendwelcher abstrakter Kräfte der Moderne, sondern auch, weil nicht nur Diktatoren wendiger geworden sind, sondern auch diejenigen, die sie stürzen wollen.

Dieses Buch ist die Geschichte eines globalen Wettbewerbs, eines Kampfes mit Schlachten und Scharmützeln, die oft nicht in unserem Blickfeld sind, aber dennoch jeden Tag stattfinden. Doch so viel auch über Demokratieförderung vonseiten der USA oder UN-Interventionen geschrieben wird – der Kampf zwischen Demokratie und Diktatur ist selten, eigentlich fast nie, ein Konflikt zwischen oder unter Nationen; es ist ein Ringen zwischen Menschen. In Wahrheit sind souveräne Staaten gewöhnlich zu langsam, um zu handeln, selbst wenn sie sehen, dass ein Regime sich am Rande einer Revolution bewegt. Die Vereinigten Staaten gaben ihre autokratischen Verbündeten in Tunesien und Ägypten 2011 erst im letzten möglichen Moment auf und zögerten bei ihrem Vorgehen gegen ein verhasstes Regime wie Syrien. Selbst als 1989 die Mauer fiel, sorgten sich amerikanische Diplomaten darum, wie die neue politische Landschaft wohl aussehen werde, und gingen so weit, frühere Sowjetstaaten vor einer Erklärung ihrer Unabhängigkeit zu warnen. Die Vereinigten Staaten spielen eine wichtige Rolle, manchmal sogar die entscheidende. Aber ob man es hören will oder nicht: Das Interesse der USA

an einem demokratischen Wandel – sogar an einem Wandel, der einen üblen Machthaber stürzen könnte – wird fast immer aufgewogen durch rivalisierende Interessen oder die Angst vor dem Unbekannten. Selten fallen die Variablen so deutlich zusammen wie in den letzten Monaten Muammar al-Gaddafis in Libyen, als die internationale Gemeinschaft übereinkam, gegen eine geschwächte Diktatur mit wenigen Freunden am Rande einer schlimmen humanitären Tragödie vorzugehen.

Autoritäre Regimes haben keine besondere Angst vor den Vereinigten Staaten. Die Interessen sind viel zu stark miteinander verquickt. Die Vereinigten Staaten zählen zu den größten Handelspartnern Chinas, sie sind der größte Abnehmer venezolanischen Öls, unterstützen das ägyptische Militär mit Milliarden und werben um die diplomatische Unterstützung Russlands bei einer ganzen Reihe von wichtigen strategischen Themen. Autoritäre Regierungen regen sich selten über Sanktionen der Vereinten Nationen auf oder über Einmischungen einer ausländischen Menschenrechtsgruppe, die man leicht aus dem Land werfen kann. Im Gegenteil kann schon allein die Drohung mit einer ausländischen Intervention, sei es vonseiten der Vereinigten Staaten, der Vereinten Nationen oder einer Institution wie dem Internationalen Strafgerichtshof, ein nützliches Mittel sein, um nationalistische Gefühle zu schüren und die Menschen dazu zu bringen, sich schützend vor das Regime zu stellen.

Was Diktatoren und autoritäre Herrscher am meisten fürchten, ist das eigene Volk; sie wissen, dass die gefährlichsten Bedrohungen ihrer Herrschaft hausgemacht sind. Auch Peter Ackerman weiß das. Er glaubt nicht, dass eine Diktatur jemals »reif« für einen Sturz ist. Seiner Ansicht nach gibt es

keine günstigen oder weniger günstigen Bedingungen für eine gewaltlose Revolution. Regimes, die einst am Abgrund zu stehen schienen, halten sich an der Macht. Diktaturen, von denen es niemand erwartet hätte, lösen sich innerhalb weniger Tage auf. Es gibt keine klaren Korrelationen zwischen der Brutalität, den wirtschaftlichen Härten, der ethnischen Zusammensetzung oder der Kulturgeschichte eines Regimes und der Wahrscheinlichkeit einer Revolution heute, morgen oder in zehn Jahren. Entscheidend ist, wie man sein Blatt spielt. Es ist eine Frage des Könnens – das Können eines Regimes steht gegen das Können seiner Gegner. Wer sich besser vorbereitet, die größere Einigkeit und Disziplin zeigt, trägt wahrscheinlich den Sieg davon. Das erklärt besser als alles andere, warum die Menschen, in die Ackerman investiert, die Menschen sind, die die Diktatoren am meisten fürchten.

Wenn Beobachter nur eine Seite der Medaille betrachten – die Diktatoren –, sehen sie allmächtig erscheinende Regimes. Sie konzentrieren sich auf den massiven Sicherheitsapparat einer Diktatur, ihre Bereitschaftspolizei, Soldaten, Geheimdienstoffiziere, Informanten und bezahlten Mörder. Sie richten den Blick auf den festen Zugriff des Regimes auf die Medien, die wichtigen Industrien, die Gerichte und die politischen Parteien. Vielleicht sehen sie eine Kultur der Angst, große Armut in der Bevölkerung und Staatskassen, die durch Korruption und die Kontrolle über Ölfelder und andere natürliche Ressourcen gefüllt werden. Und dann ist da natürlich noch die Brutalität: Ein Regime, das keine Bedenken hat, seine Kritiker einzusperren, zu foltern und zu ermorden, wird nicht so leicht zu überwältigen sein, denkt man. Wenn Außenstehende all diese Bedingungen abwägen, haben sie wenig Grund, an einen baldigen Wandel zu glauben. Und wenn dann

die Revolution doch kommt – sei es auf den Philippinen, in Polen, Südkorea, Indonesien, Serbien, Tunesien oder zahllosen anderen Ländern –, schreiben die meisten Experten, Akademiker und Politikstrategen sie als einen Zufall ab, einen seltenen oder einzigartigen Fall, der sich kaum wiederholen wird. »Kein Experte hat je eine [dieser Revolutionen] vorhergesagt«, erklärt Ackerman hinter seinem Schreibtisch. »Sie negierten sie vielmehr bis zu dem Moment, in dem sie passierten. Und nachdem der Diktator dann gestürzt und weg ist, sagen sie: ›Naja, der Typ war sowieso ein Schlappschwanz.‹«[17]

Kaum einmal würdigen sie die Fähigkeiten jener Menschen, die einen Diktator zu Fall bringen wollen. Sie sind nicht dabei, wenn Aktivisten lernen, wie man eine Bewegung mobilisiert, die Legitimität eines Regimes untergräbt oder die Mittel der Propaganda möglichst effektiv einsetzt. Sie achten nicht darauf, wie demokratische Bewegungen voneinander lernen und neue, innovative Taktiken einbringen.

Vor zwei Jahren wollte ich diesen Kampf aus nächster Nähe sehen. Die Fronten liegen dabei weit verstreut. Ich bereiste ein ganzes Spektrum autoritär regierter Länder – auf der Liste standen unter anderem China, Ägypten, Malaysia, Russland und Venezuela –, um mir genauer anzusehen, welche Innovationen, Techniken oder Methoden diese Regimes einsetzten, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten. Dazu traf ich mich mit den Menschen, die dem Regime dienten, den politischen Beratern, Ideologen, Kumpanen, Technokraten und Amtsträgern, die halfen, das System zu erhalten.

Und ich lernte ein buntes und überraschend großes Heer von Menschen kennen, die fest entschlossen waren, einige der raffiniertesten Diktaturen der Welt zu stürzen. Meine Reportage führte mich zu venezolanischen Studenten, russischen

Umweltschützern, chinesischen Anwälten, ägyptischen Bloggern, malaiischen Oppositionsführern und serbischen Revolutionären. Noch überraschender war vielleicht die Entdeckung, dass Aktivisten und demokratische Bewegungen heute miteinander im Gespräch sind, die Arbeit der anderen analysieren und Ideen austauschen. Ein venezolanischer Studentenführer kann nach Mexico City fliegen, um von serbischen Aktivisten – die ihren eigenen Diktator zehn Jahre zuvor vertrieben haben – zu lernen, wie man Hugo Chávez' Schwächen effektiv ausnutzt.

Rund um den Erdball ging ich die unbekannten Schlachtfelder jenes Kampfes ab, in dem das Mächtegleichgewicht zwischen Diktaturen und Demokratien neu austariert wird: die Cafés, in denen sich Aktivisten treffen, die Wälder, in denen Kampagnen ausgeheckt werden, die Slums, in denen die Wut langsam brennt, die Straßen, in denen die Jugend zu kämpfen beginnt, die Gefängnisse, in denen die Feinde eines Diktators schmoren. Dieser Konflikt ist in tausend Richtungen zersplittert, mit sich schnell modernisierenden Regimes, die sich auf den Angriff jener merkwürdigen Ansammlung von Einzelpersonen und Organisationen mit einer ebenfalls steil ansteigenden Lernkurve vorbereiten. In über zweihundert Interviews hörte ich beiden Seiten zu, wenn sie ihre Überlebens- und Erfolgsstrategien darlegten.

Noch während ich unterwegs war, wurde im Nahen Osten das neueste Kapitel in der Geschichte dieses Kampfes geschrieben. Bis 2011 war diese Gegend der Ausnahmefall ohne eine einzige Demokratie gewesen, wenn man von Israel absieht. Der durchschnittliche arabische Machthaber regierte über sechzehn Jahre lang. Der Nahe Osten hinkte in beinahe jedem Aspekt dessen, was ein Volk frei macht, hinter dem

Rest der Welt her. Doch wie 1974 in Portugal begannen die Revolutionen der Region auch diesmal dort, wo man es am wenigsten erwartet hätte, in Tunesien, einem Land, das lange als eines der stabilsten Regimes in der Region galt. Am 17. Dezember 2010 schikanierte die örtliche Polizei Mohamed Bouazizi, einen Obstverkäufer in der tunesischen Stadt Sidi Bouzid. Zutiefst beschämt und wütend über die für ihn ruinöse und unerträgliche Behandlung nahm sich Bouazizi in einem öffentlichen Akt der Selbstopferung das Leben. Die Welt war Zeuge, als sich der Volksaufstand, entzündet durch den Tod eines einzelnen Mannes, von einem Land zum nächsten ausbreitete. Nachdem Tunesien gefallen war, sprang der Funke der Revolution nach Ägypten, in das politische und kulturelle Epizentrum des Nahen Ostens, über. Massive Proteste erhoben sich plötzlich in Bahrain und im Jemen, während Libyen in Blutvergießen und dann in einem echten Bürgerkrieg versank. Bald erreichten die Schockwellen Algerien, Jordanien, Oman, Saudi-Arabien und den Sudan – es kam zu Protestbewegungen und Demonstrationen. Selbst nach dem gewaltsamen Ende der brutalen zweiundvierzigjährigen Gaddafi-Herrschaft brennen die Feuer in Syrien weiter, wo Assad eine immer größere Protestkampagne gegen das Regime, das sein Vater aufgebaut hatte, niederzuschlagen versucht. Ein Obstverkäufer nimmt sich das Leben, und der Nahe Osten versinkt im Chaos. Ist das der Anfang einer neuen demokratischen Welle?

Noch scheint es zu früh, das zu beantworten. Samuel Huntington brauchte fast fünfzehn Jahre, bis er seine demokratische Welle sicher erkannt hatte, und eine Demokratie zu errichten ist schwerer als eine Diktatur abzuschaffen, wie Ägypten nur zu schnell feststellen musste. Das Tempo des

Fortschritts wird unterschiedlich sein. Autokraten, die sich halten konnten, werden vielleicht bald feststellen, dass ihnen die Kontrolle wieder entgleitet. Doch unabhängig davon, wie schnell ein einschneidender Wandel erfolgt – das erste Opfer dieser Revolutionen ist die Vorstellung, dass einige Ecken der Welt irgendwie immun gegen demokratische Forderungen sind. Der Arabische Frühling hat gezeigt, was junge Leute, hartgesottene Aktivisten und ausgesprochene Kritiker dieser Regimes schon lange wussten: In repressiv regierten Ländern überall auf der Welt tobt eine Schlacht zwischen den Herrschern und den Beherrschten, ein Kampf, bei dem die Zukunft von Demokratie und Diktatur auf dem Spiel steht.

1

DER ZAR

Als KGB-Offizier wurde Oberstleutnant Wladimir Putin auch auf einen Posten im Ausland versetzt. Im Alter von zweiunddreißig Jahren war Putin 1985 in Dresden stationiert.[1] Er zog mit seiner Frau und seiner einjährigen Tochter Mascha dorthin; kurz nach der Ankunft wurde seine zweite Tochter Katja geboren. Die Putins lebten in einem tristen Apartmentblock. Die meisten Nachbarn arbeiteten für die Stasi. Die Lage allerdings entschädigte für vieles – Putin hatte nur fünf Minuten zu Fuß zur KGB-Zentrale in der Angelikastraße 4. Als Sachbearbeiter rekrutierte der junge Oberstleutnant Informanten, führte Agenten, sammelte den neuesten Klatsch und Tratsch über die ostdeutschen Staatslenker und telegrafierte seine Analysen zurück nach Moskau. Für einen sowjetischen Spion waren das ziemlich unauffällige Tätigkeiten. Spannender waren die Jahre, die er dort verbrachte. Putin blieb von 1985 bis zum Januar 1990 in Dresden, am äußersten Rand des Sowjetreichs. Er erlebte, mit anderen Worten, den Zusammenbruch einer Diktatur und kurz darauf auch den des Sowjetsystems aus nächster Nähe mit.

Die Deutsche Demokratische Republik war die Bilderbuchausgabe eines totalitären Staats des 20. Jahrhunderts. Die Stasi hatte alle Lebensbereiche infiltriert. Sie führte geheime Akten über mehr als sechs Millionen Ostdeutsche;[2]

allein in Dresden wäre der Stapel aller Geheimpolizeiakten etwa elf Kilometer hoch gewesen.[3] Eigenen Unterlagen zufolge beschäftigte das ostdeutsche Regime 97 000 Menschen und hatte zusätzlich 173 000 Informanten.[4] Fast jeder sechzigste Bürger war irgendwie mit dem Apparat der Staatssicherheit verbunden. Selbst als KGB-Offizier war Putin entsetzt darüber, wie intensiv die Regierung ihre eigenen Bürger überwachte. Er beschrieb seine Zeit in der DDR später als »eine Entdeckung«.[5] »Mir war, als ob ich in ein osteuropäisches Land im Zentrum Europas reiste«, erzählte er einem russischen Interviewer. Aber so war es ganz und gar nicht. »Es war ein streng totalitäres Land nach unserem Muster und Vorbild, aber mit dreißigjähriger Verspätung.«

Als sowjetischem Geheimdienstoffizier in einem Klientelstaat fielen Putin die Anzeichen der Korrosion wohl eher ins Auge als anderen. Er las wahrscheinlich die Stasi-Berichte – die oft ungefiltert nach Moskau geschickt wurden und ein immer düstereres Bild der Lage zeichneten. Sie dokumentierten die immer drängenderen Forderungen der Menschen und beschrieben die ökonomischen Daten des Regimes als gefälscht.[6] Putin sah die Zeichen einer moribunden Wirtschaft, in der die Regierungssubventionen schon längst die Staatseinkünfte überholt hatten. Im Jahr 1989, kurz vor dem Ende, sah er die Zeichen des Zusammenbruchs direkt vor seiner Haustür. Die Banken in Dresden wurden gestürmt.[7] Am Bahnhof versuchte die Menschenmenge mit Gewalt, Züge in den Westen zu entern.[8] Am 4. Oktober versammelten sich 10 000 Ostdeutsche, und die Polizei setzte Schlagstöcke und Tränengas ein, um eine Erstürmung des Bahnhofs und der Lokomotiven zu verhindern. In den nächsten Tagen verdreifachte sich die Menge noch.

Der Verwirrung, als er miterlebte, wie ein Vorposten der Sowjetunion um ihn herum zusammenbrach, folgte schnell die Angst. Die Verbindungen zwischen Stasi und KGB waren bekannt. Die ostdeutschen Offiziere bezeichneten ihre sowjetischen Gegenstücke als »die Freunde«. Das KGB-Hauptquartier, in dem Putin arbeitete, lag gegenüber den Stasi-Büros. Nach dem Fall der Mauer machten sich Putin und seine Kollegen daran, hinter sich aufzuräumen. »Alle unsere Kontakte und alle Agenturnetze existierten nicht mehr. Ich selbst habe eine riesige Masse von Dokumenten verbrannt«, erinnerte sich Putin später. »Wir haben so viel verbrannt, dass der Ofen fast explodiert wäre.« Als ganze Heerscharen von Ostdeutschen am 6. Dezember das Stasi-Gebäude stürmten, fürchtete Putin, dass sich ihr Zorn auch auf die andere Straßenseite, gegen ihn und seine Kollegen richten würde – nicht ganz zu Unrecht. Als sich die ersten wütenden Ostdeutschen vor dem Haus versammelten, ging Putin hinaus und sprach zu der Menschenmenge. Er behauptete, er sei nur ein Dolmetscher, und erklärte ihnen, dass dies eine sowjetische Militärorganisation sei und sie abziehen sollten. Besorgt über die aggressive Stimmung der Menschen rief Putin die in Deutschland stationierte Militärtruppe zu Hilfe. Und er weiß noch, dass man ihm sagte: »Ohne Erlaubnis aus Moskau können wir nicht eingreifen. Und Moskau schweigt.« Seine Angst schlug in Entfremdung um. »Dieses ›Moskau schweigt‹. – Ich hatte damals ein Gefühl, als ob das Land nicht mehr existierte.«

Man kann sich kaum vorstellen, dass jene Jahre keine Spuren in der Psyche des jungen Geheimdienstoffiziers hinterlassen haben. Putin bekam den hohen Aufwand und die Ineffizienz des ostdeutschen Polizeistaats aus nächster Nähe mit.

Er beobachtete, wie die Planwirtschaft des Landes immer weiter zurückfiel und ostdeutsche Funktionäre wie wild daran arbeiteten, dieses Scheitern mit staatlichen Subventionen zu überdecken, die sie nie zurückverdienen würden. Und diese Erfahrung führte ihm auch die Schwächen des Sowjetsystems, dem er diente, vor Augen. »Im Grunde genommen wusste ich, dass es unvermeidlich war«, sagte Putin später in Bezug auf den Fall der Mauer. »Ehrlich gesagt tat es mir nur Leid um die verlorene Position der Sowjetunion in Europa, obwohl mir mein Verstand sagte, dass eine Position, die nur auf Mauern basiert, nicht ewig bestehen kann. Es wäre zu wünschen gewesen, dass auf diese Ereignisse ein Wechsel folgte. Aber es war nichts Neues vorgesehen. Und das ist das Ärgerliche. Sie haben einfach alles hingeschmissen und sind gegangen.«

Putin erlebte Moskaus Unfähigkeit, die eigenen Schwächen zu erkennen und darauf zu reagieren, als Katastrophe. Als kleiner Offizier, der praktisch alleingelassen wurde und die Interessen seines Landes gegen einen wütenden Mob verteidigen sollte, sehnte er sich nach dem starken, souveränen russischen Staat von einst. Er war enttäuscht darüber, dass das Zentrum nie auf die Peripherie gehört hatte. »Haben wir denn nicht davor gewarnt, was passieren kann? Haben wir denn nicht empfohlen, was passieren kann?«, erinnerte sich Putin.[9]

Fast auf den Tag genau zehn Jahre später sollte der junge KGB-Agent Russlands zweiter Präsident werden und ganz unerwartet Boris Jelzin ersetzen, der seine Gesundheit und seine Beliebtheit eingebüßt hatte. Die Erfahrungen, die Putin in jenen frühen Jahren gemacht hatte, erklären vielleicht, was er meinte, als er später als Präsident einmal sagte: »Wer den

Zerfall der Sowjetunion nicht bedauert, hat kein Herz; wer sie in ihrer früheren Form wiederbeleben will, hat keinen Verstand.«[10]

»Eine Art Traumbild der sowjetischen Vergangenheit«

Am 1. Januar 2000 gab Putin dem russischen Volk ein Versprechen. Kaum jemand unter seinen Zuhörern war damals zufrieden mit dem, was aus Russland geworden war. Wirtschaftliche Not, Krisen und Unsicherheit hatten das Jahrzehnt nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion geprägt. Das frühe Liebäugeln des Landes mit der Demokratie hatte auf den ersten Blick nur sich befehdende Politiker und zänkische Parteien gebracht, die, wie alle (wahrscheinlich zu Recht) annahmen, überall die Hand aufhielten. Der Zynismus wuchs, als die Russen zu der Überzeugung gelangten, dass sie die Sünden des Kommunismus gegen die falschen Versprechungen eines korrupten demokratischen Systems eingetauscht hatten. Schlimmer noch, sie hatten das Gefühl, an der Nase herumgeführt worden zu sein: Sie waren dem demokratischen Vorbild des Westens gefolgt und hatten dafür leiden müssen – einige wenige hatten auf Kosten aller anderen Profite gemacht. Und zu allem Unglück kam noch die Schmach, dass ihr Land keine Supermacht mehr war, sondern nur noch Mittelmaß.

Die Zeit war daher reif für das, was Putin am ersten Tag des neuen Jahrhunderts versprach. Jenseits aller Verheißungen von Wachstum und Erneuerung bot Putin das, was den normalen Russen am meisten fehlte: »Stabilität, Sicherheit, und

die Möglichkeit, für die Zukunft zu planen – für die eigene und die ihrer Kinder –, nicht einen Monat im Voraus, sondern für Jahre und Jahrzehnte.«[11] Das hörten die Menschen gerne, die sich nach einem Jahrzehnt, in dem sie sich schutzlos gefühlt hatten und sich allein durchschlagen mussten, nach Sicherheit sehnten. Putins Vision war ein starkes, robustes Russland, das seinen angestammten Platz als Großmacht wieder einnehmen würde. Moskau würde nicht länger schweigen.

Putin erklärte nicht, wie er diese Stabilität erreichen wollte, aber sein Plan offenbarte sich schrittweise. Wenn Putins Modell eines autoritären Regierungssystems ein prägendes Merkmal hat, dann ist dies die Zentralisierung der Macht. Wo die russische Politik zu laut, kontrovers und chaotisch geworden war, machte sich Putin daran, sie zu zähmen. Russland wurde stabiler und berechenbarer, weil es im Grunde von einem Mann und einem kleinen Kreis seiner Vertrauten geführt wurde. Es bekam, wie Putin und andere es manchmal beschrieben, eine »Machtvertikale«. Der Kreml gab sich nicht damit zufrieden, unter den politischen und wirtschaftlichen Institutionen Russlands Erster unter Gleichen zu sein; alles sollte sich ihm unterordnen.

Putin begann mit den Oligarchen.[12] Diese russischen Tycoons, von denen sich viele durch Amigo-Geschäfte zentrale Rohstoffbranchen wie Gas, Mineralien und Stahl unter den Nagel gerissen hatten, waren in den Jahren des Raubtierkapitalismus nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sagenhaft reich geworden. Nur zwei Jahre nach Putins Amtseinführung warnte der Kreml diese Milliardäre, dass sie bei mangelnder Loyalität schnell raus dem Geschäft wären. Wer diesen Hinweis nicht ernst nahm, fand sich bald im Exil oder im Gefängnis wieder. Keiner lernte diese Lektion auf bruta-

lere Weise als der Ölmagnat Michail Chodorkowski, der 2003 bei einer Erstürmung seines Firmenjets von einem Sondereinsatzkommando festgenommen wurde. Seine Strafverfolgung war eindeutig politisch motiviert, und der Prozess wurde wegen schwerer Unregelmäßigkeiten weithin kritisiert. Dennoch sitzt Chodorkowski noch heute im Gefängnis, als anschauliches Beispiel für jeden, der Putins Warnungen womöglich nicht gehört hat.

Dann folgten die Gouverneure der einzelnen Regionen. In einem Land von der Größe Russlands hatten diese Gouverneure ihren Winkel der Welt als persönliches Lehen führen können. Unter Jelzin waren Edikte des Kremls als Vorschläge verstanden worden, die man leichter ignorierte als durchsetzte. Auch damit war es abrupt vorbei. Im Jahr 2005 schaffte Putin die direkte Wahl der russischen Gouverneure ab und ließ sich stattdessen die Macht übertragen, sie selbst zu ernennen. Außerdem wurden ihre Finanzen jetzt von kremltreuen Inspektoren überwacht, die Putin aus den Reihen seiner Freunde beim KGB auswählte.

Am bemerkenswertesten war vielleicht, wie Putin die Medien an die Kandare nahm.[13] Zu Beginn seiner Präsidentschaft war nur einer der drei wichtigsten Fernsehsender im Staatsbesitz. Drei Jahre später kontrollierte der Kreml alle drei. (Die Oligarchen, die die beiden anderen – ORT und NTV – besessen hatten, standen vor der Wahl, ihre Anteile zu verkaufen oder ins Gefängnis zu wandern. Beide verkauften und verließen das Land.) Zudem begannen Vertraute des Kreml, die auflagenstärksten Zeitungen und Zeitschriften aufzukaufen. Heute kontrolliert die russische Regierung etwa 93 Prozent aller Pressekanäle.[14] Einige Zeitungen und Radiosender können noch einigermaßen unabhängig arbeiten; der Radio-

sender Echo Moskwy etwa ist eine der kritischsten verbliebenen Stimmen. Noch unglaublicher als die Übernahme vieler russischer Medienunternehmen ist die Gewohnheit des Kreml, die Nachrichten stark zu manipulieren – vor allem die Fernsehnachrichten.

Bis vor Kurzem traf sich jeden Freitag ein hochrangiger Kremlfunktionär mit den Chefs der drei großen TV-Sender, um die Nachrichtenplanung der nächsten Woche zu machen.[15] Die Fernsehmanager wurden offenbar die ganze Woche über mit Telefonanrufen bombardiert, in denen genau festgelegt wurde, wie diese Berichterstattung präsentiert werden sollte, ja sogar manchmal, wie eine bestimmte Nachricht redigiert werden sollte. Der Kreml scheut sich nicht, TV-Managern Anweisungen zu geben. So bekamen die Fernsehsender zum Beispiel 2008 nach der Wahl Dmitri Medwedews zum Präsidenten den Befehl, dass die Nachrichtensendungen jeden Tag mit einem Bericht über ihn beginnen sollten, gefolgt von einer fast ebenso langen Berichterstattung über Ministerpräsident Putin – unabhängig davon, ob einer von ihnen gerade etwas Nachrichtenwürdiges getan hatte oder nicht. Als ich in Moskau war, schaute ich die Abendnachrichten nur an, um zu sehen, wie bizarr die Berichterstattung über die beiden Männer ausbalanciert wurde – jeder bekam etwa gleich viel Sendezeit. Eine Führungskraft in einem der Sender nannte diese Regel das »Prinzip der informationellen Parität«. Ein Journalist der *Russian Newsweek* berichtete, er habe bei einem Besuch in einem staatlich kontrollierten Radiosender Notizen vor den Sprechern liegen sehen, die sie daran erinnern sollten, »nur Gutes über Kasachstan zu sagen« und »nicht zu erwähnen, dass Dmitri und Swetlana Medwedew getrennt zum Gipfel anreisten«.

Milliardäre, Gouverneure und Medien zu zähmen, war dem Kreml aber nicht genug; er versuchte auch, die Politik zu inszenieren. Seit seiner Erklärung zum neuen Jahrtausend hatte Putin stets die Notwendigkeit politischer und sozialer Einheit betont. Er arbeitete natürlich daran, diesen Zusammenhalt auch auf die politischen Parteien auszudehnen, die zu den unberechenbarsten und aufsässigsten Akteuren im postkommunistischen Russland gehört hatten. Doch Putin und sein Team legten es nicht darauf an, die ganze Opposition mit einer einzigen dominanten herrschenden Partei mundtot zu machen. Vielmehr schufen sie Raum für eine kleine Handvoll Oppositionsparteien und erfanden diese Parteien in manchen Fällen einfach gleich selbst.[16] Diese Parteien – meist als »systemische Opposition« bezeichnet – spielen nach außen hin die Rolle von Regimekritikern, gehen mit ihrer Kritik aber nie über die vom Kreml gesetzten Grenzen hinaus. In ihrer ideologischen Orientierung sollen diese oppositionellen Stimmen gesellschaftliche Interessen repräsentieren – vor allem Nationalisten, Arme und ältere Wähler –, die sich von der herrschenden Partei Einiges Russland womöglich vernachlässigt fühlen oder unzufrieden mit ihr sind. Doch diese »Opposition« demonstriert regelmäßig ihre Regierungstreue – wie zum Beispiel im Dezember 2007, als die Vorsitzenden aller sogenannten Oppositionsparteien Putin öffentlich darüber in Kenntnis setzten, dass sie sich an der Spitze Russlands wirklich niemand Besseren vorstellen könnten als seine langjährige rechte Hand Dmitri Medwedew. Putin konnte daraufhin dem Fernsehpublikum erklären, dass Medwedew von verschiedenen Parteien nominiert worden sei, die »die unterschiedlichsten Schichten der russischen Gesellschaft«[17] repräsentierten, und damit ganz offenbar die Wahl des Volkes sei.

Wie sehr Putin die Macht im Zentrum bündelte, kann gar nicht überschätzt werden. Laut der russischen Zeitschrift *Ekspert*, die von einem Vertrauten hochrangiger Kreml-Berater herausgegeben wird, sank die Zahl der Amtsträger, die echten Einfluss auf die nationale Strategie und Politik hatten, zwischen 2002 und 2007 von zweihundert auf fünfzig.[18] Diese staatstreue Zeitschrift räumte ein, dass die Liste der fünfzig Funktionäre sich »fast wie ein Telefonbuch der [Präsidential-]Regierung« las. Doch die Zentralisierung der Macht sollte nicht als Versuch verstanden werden, alle Aspekte des russischen Lebens vollständig zu kontrollieren. Putin geht vielmehr mit chirurgischer Genauigkeit vor.

Bei Gesprächen mit Angehörigen von Solidarnost, einer liberalen politischen Bewegung, die nicht zur systemischen Opposition gehört, wurde mir klar, wie präzise dieses Vorgehen gesteuert wird. Boris Nemzow, ein Anführer der Bewegung und früherer stellvertretender Ministerpräsident und Abgeordneter, ist sicher einer der offensten Kritiker Putins und seines Regimes. Nemzow gibt sich entspannt und wirkt jünger, als er mit seinen etwas über fünfzig Jahren ist. Er trägt alte Jeans, einen grauen Sweater mit Reißverschluss und spitze schwarze Stiefel – man könnte ihn eher für einen alternden Rockstar als für einen Oppositionsführer halten. Nemzow, Doktor der Physik und Mathematik, hat einen scharfen Verstand, und er kommt direkt zum Punkt. »Wo liegt der Unterschied zwischen Kommunismus und Putinismus?«, fragt er. »Das ist sehr wichtig. Der Putinismus wirkt cooler, denn er schränkt deine politischen Rechte ein, tastet aber die persönliche Freiheit nicht an. Man kann reisen, auswandern, wenn man will, man kann das Internet nutzen. Streng reglementiert ist der Einsatz des Fernsehens. Das

Fernsehen steht unter Kontrolle, weil es die mächtigste Ressource für die Ideologie und den Propagandaapparat ist. Die Kommunisten blockierten die persönliche Freiheit ebenso wie die politische. Deshalb wirkt der Kommunismus viel dümmer als der Putinismus.«[19]

Nemzows Analyse kann man kaum etwas entgegensetzen. Niemand würde behaupten, dass das Leben in Russland heute nicht freier sei als damals in der Sowjetunion. Das steht völlig außer Frage. Und es ist sicher angenehmer, da der Ölboom, der Putins Präsidentschaft begleitete, den Lebensstandard der Russen in nie gesehene Höhen trug. Als seine Präsidentschaft begann, galten die Ölpreise als hoch – mit 21,50 Dollar pro Barrel. Am Ende seiner zweiten Amtszeit war der Ölpreis auf 147 Dollar pro Barrel gestiegen. Ein warmer Regen für den Staatssäckel. Doch wie Putin als junger Mann in Ostdeutschland beobachtet hatte, war es nicht nötig, diesen Reichtum in den Wiederaufbau eines totalitären Staates zu leiten, der versuchte, in den persönlichen Überzeugungen jedes Bürgers herumzuschnüffeln. Die Kosten einer solchen Kontrolle waren zu hoch und letztlich unnötig. Putins Form des autoritären Systems repräsentierte eine Weiterentwicklung des Modells, weitaus zurückhaltender und dabei deutlich effektiver. Ilja Jaschin, ein junger Mann in der Spitze der Solidarnost-Bewegung, der sagt, er sei aus einer anderen Partei ausgeschlossen worden, weil er sich weigerte, »wie ein Mitglied der systemischen Opposition zu handeln«, drückt es so aus: »Putin hat eine Art Traumbild der sowjetischen Vergangenheit geschaffen. Es ist wie die Sowjetunion ohne Warteschlangen, Lieferengpässe und mit offenen Grenzen.«[20]

Das von Putin entwickelte System ist also offenbar eine Verbesserung der Diktaturansätze des 20. Jahrhunderts, hat

aber durchaus auch seinen Preis. Die Macht in so wenigen Händen zu konzentrieren, fördert Korruption, Selbstzufriedenheit und Machtmissbrauch – Sünden, die sich in Putins Regierung nach Nemzows Meinung finden lassen. Diese Mängel stellen eine Gefahr für das Regime dar, aber nicht unbedingt deshalb, weil sie zu schlechtem Regierungshandeln führen. Vielmehr müssen Putin und seine Clique ständig Angst haben, dass die Kosten der von ihnen gewählten Strategie ihr wichtigstes Ziel unterminieren: den Aufbau eines stabilen politischen Systems. Teures Öl mag dazu beitragen, das Regime vor vielen gesellschaftlichen Risiken zu schützen – es ist immer einfacher, Unterstützung zu kaufen, als sie erzwingen zu müssen –, aber wer versucht, so viele Facetten eines demokratischen Systems zu simulieren, hat kaum Spielraum für Fehler. Nachdem das Regime viele andere Machtzentren – die Geschäftsleute, Gouverneure, Medien, Oppositionsparteien – eliminiert hat, muss es den richtigen Kurs steuern, wenn es die Kontrolle behalten will. Ein schwieriger Balanceakt. »Sie wollen die Kontrolle über die Veränderungen nicht verlieren wie Gorbatschow. Und das heißt, dass sie versuchen, diese Kontrolle jederzeit durchzusetzen«, sagt Alexander Werchowski, ein führender Menschenrechtler. »Wenn sie etwa planen, uns drei Prozent Freiheit zu geben, dann geben sie uns vielleicht vier Prozent, aber keine fünf. Ich glaube wirklich, dass sie das so steuern. Sie wollen die Situation nicht so angespannt werden lassen wie damals, als sie keine Verbindung zur Gesellschaft hatten, keine Beziehung zu den Objekten ihrer Manipulation. Ich weiß nicht, ob es drei Prozent sein werden oder zehn, aber ich bin sicher, dass sie keine echte Demokratisierung zulassen wollen, wie es sie Ende der Achtzigerjahre gab.«[21]

Popows Zeichnung

Wenn Sie die Rolle eines kommunistischen Apparatschiks besetzen wollten, könnten Sie kaum eine bessere Wahl treffen als Sergei Popow. Er ist ein Berg von Mann, und sein Gesicht verrät so gut wie keine Emotionen, außer vielleicht einen Ausdruck zwischen milder Herablassung und Zorn, wenn jemand die Weisheit des von ihm repräsentierten politischen Systems infrage stellt. Er kann die Rolle ausfüllen, weil er genau das vor etwas mehr als zwanzig Jahren gewesen ist. Als die Sowjetunion unterging, war er erster stellvertretender Vorsitzender der Kommunistischen Partei in Moskau, ein Posten, den er von 1983 bis zum bitteren Ende innehatte. Als ich ihn in seinem Eckbüro in der russischen Duma, dem Staatsparlament, aufsuchte, war er noch immer ein in der Wolle gefärbter Mann der Partei. Den einzigen Unterschied verriet das Abzeichen, das er am Revers seines dunkelblauen Anzugs trug. Man sah sofort, dass man jetzt ein Mitglied von Putins Partei Einiges Russland vor sich hatte.

Wenn die Duma auch nur ein Abnick-Parlament ist – wie die meisten Menschen mit Recht sagen –, so braucht sie doch einige loyale Parteisoldaten, die sicherstellen, dass an den richtigen Stellen genickt wird. Wir haben kaum Platz genommen, als Popow schon erklärt, dass »neunzig Prozent aller zivilrechtlichen Bestimmungen hier an diesem Tisch entstehen«.[22] (Soll heißen: hier zum Abnicken vorbereitet werden.) Als Vorsitzender des Komitees für öffentliche Verbände und religiöse Organisationen hat er ein Auge auf alle Gesetze, die die politischen Parteien, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Medienunternehmen, Wirtschaftsorganisationen und religiösen Gruppen betreffen. Er ist, mit anderen

BLESSING VERLAG

UNVERKÄUFLICHE LESEPROBE

William J. Dobson

Diktatur 2.0

Ob Russland oder Ägypten, China oder Syrien: Diktaturen sind kein Auslaufmodell. Doch nichts fürchten sie mehr als das eigene Volk. Ein Frontbericht

Gebundenes Buch mit Schutzumschlag, 496 Seiten, 13,5 x 21,5 cm
ISBN: 978-3-89667-471-5

Blessing

Erscheinungstermin: Oktober 2012

Was haben die Staatschefs von Russland, China und dem Iran gemeinsam?

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts brachten Diktatoren die Welt an den Abgrund, bis zur Jahrtausendwende waren sie mit dem »Ende der Geschichte« fast totgesagt. Heute beherrschen sie wieder das Tagesgeschehen. Um ihre Macht zu sichern, gehen sie – wie in Nordkorea und Syrien – mit Unterdrückung und Gewalt gegen das eigene Volk vor. Doch rund um den Globus haben sich Autokraten auch Strategien zu eigen gemacht, die ihr Überleben in der modernen Welt sichern, Strategien, die man in Meetings westlicher Consultingfirmen vermuten würde, nicht in russischen oder chinesischen, ägyptischen oder iranischen Machtkorridoren.

Mit »Diktatur 2.0« wirft William J. Dobson – »die neue Stimme zum globalen politischen Geschehen« (Fareed Zakaria) – einen Blick in diese Korridore und vollzieht nach, wie das neue Machtmanagement der Despoten funktioniert. Und er stellt die mutigen Menschen vor, die sich – vernetzt, kreativ und hartnäckig – dagegen zur Wehr setzen.